

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/202

Bonn, den 23. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Marshall-Gedenkstätte in Frankfurt</u> Einweihungsfeier am 27. Oktober 1963 in der Paulskirche	57
1a	<u>Erhard in Paris</u> Die ersten aussenpolitischen Schritte des neuen Bundeskanzlers	32
2 - 3	<u>Linientreue</u> FDP entfernte MdB Dürr aus dem Immunitätsausschuss Von Wolfgang Jansen	69
3	<u>In deutscher Mission</u> Zur Asienreise des Bundespräsidenten	23
4 - 5	<u>Münchener Allerlei</u> Was ist ein Ministerversprechen wert ?	70
6	<u>Um den Abbau letzter Vorurteile</u> Diskussion über das deutsch-dänische Kriegsgräber-Abkommen	47

Chefredakteur Günter Markschaffel

Marshall-Gedenkstätte in Frankfurt

Einweihungsfeier am 27. Oktober 1963 in der Paulskirche

sp - Angesichts der immer größer werdenden Not der europäischen Bevölkerung in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg verkündete der damalige Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, George C. Marshall, in seiner berühmt gewordenen Rede vor der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 ein Programm seiner Regierung für den europäischen Wiederaufbau, das später unter der Bezeichnung "Marshall-Plan" bekannt wurde.

Wenn es sich dabei auch um einen gesamteuropäischen Wiederaufbauplan handelte, der allen in der OEEC zusammengeschlossenen europäischen Staaten zugute kam, so hatte der Marshall-Plan für das deutsche Volk doch eine ganz besondere Bedeutung; nicht nur, daß es der Sieger war, der dem Besiegten Hilfe brachte, der Marshall-Plan gab ihm auch den Glauben an sich selbst wieder und damit den Mut zur Arbeit. Mit der Beteiligung am Marshall-Plan war das Tor für den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft und für eine allmähliche Normalisierung des Lebens im westlichen Teil Deutschlands weit geöffnet.

Nichts ist daher gerade für uns Deutsche naheliegender, als dem Manne, dessen Name für immer mit dieser einmaligen humanitären Tat verbunden sein wird, George C. Marshall, eine Gedenkstätte zu seinem bleibenden Gedächtnis und zum Ausdruck des Dankes an das amerikanische Volk und seine Regierung zu errichten.

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, als Sprecherin der Frankfurter Wirtschaft, regte daher Ende 1959, kurz nach dem Ableben von George C. Marshall, die Errichtung einer Marshall-Gedenkstätte in Frankfurt an. Ein Jahr später wurde eine "Kuratorium Marshall-Denkmal" ins Leben gerufen und dieses mit der Durchführung des Vorschlages beauftragt.

Nach vierjähriger Arbeit ist es jetzt möglich, ein von dem Bildhauer Professor Toni Stadler gestaltetes Denkmal der Öffentlichkeit zu übergeben. Die von der Jury mit dem ersten Preis ausgezeichnete Brunnen-Komposition des Künstlers hat ihren Aufstellungsort am Opernplatz, inmitten der Stadt, eingebettet in das Grün des Anlagenringes, gefunden; sie wird den Namen "Marshall-Brunnen" tragen. Der Künstler und mit ihm die Mehrheit der Jury waren der Meinung, daß diese überpersönliche Art des Gedenkens an einen Mann und seine Tat für unsere Zeit die allein richtige ist. Der Brunnen mit seiner wasserspendenden Quelle und seiner aufnehmenden Schale ist als Symbol des Gebens und Nehmens gedacht. Die auf dem Wasser der Brunnenschale ruhenden drei weiblichen Gestalten, die in Bronze ausgeführt sind, haben als Hintergrund die Idee der drei Grazien aus Goethes Faust, II. Teil.

Aglaia:	Anmut bringen wir ins Leben; Leget Anmut in das Geben.
Hegezone:	Leget Anmut ins Empfangen, Lieblich ist's, den Wunsch erlangen.
Euphrosine:	Und in stiller Tage Schranken Höchst anmutig sei das Danken.

23. Oktober 1963

Diese Goethe-Verse und die nachfolgenden Dankesworte findet der Besucher rechts und links vom Eingang des Denkmals in Steinplatten gemeißelt:

Dank und bleibendes Gedächtnis für
George C. Marshall

der als Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika das Europäische Wiederaufbauprogramm der amerikanischen Regierung bekanntgab. Der daraus entstandene Marshall-Plan der Jahre 1948-1952 hat unser Land, das vernichtet war, wieder zum Leben geführt.

An der Einweihungsfeier am 27. Oktober in der Paulskirche zu Frankfurt wird an der Spitze zahlreicher Ehrengäste der amerikanische Außenminister Dean Rusk teilnehmen.

+ + +
Erhard in Paris

Die ersten aussenpolitischen Schritte des neuen Bundeskanzlers

sp - Bevor der neue Bundeskanzler Erhard zu seiner Antrittsvisite nach Washington startet, wird er in Paris zwei Tage Station machen. Dort wird er mit einem gewissen Neugierde erwartet, denn im Gegensatz zu seinem Vorgänger gilt Professor Erhard in Paris als anglophil. Bei der Empfindlichkeit der Franzosen, die in den letzten Jahren gewohnt waren, in der Bonner Regierung unter Adenauer zunächst i h r e n V e r b ü n d e t e n zu sehen, entbehrt das erste offizielle Zusammentreffen Erhards mit de Gaulle nicht einer gewissen Spannung. Die offizielle französische Politik sieht - ob berechtigt oder nicht - in Erhard den Mann, der das enge Verhältnis zwischen Bonn und Paris durchbrechen und erweitern will. Ohne Zweifel hat man in Paris in den letzten Jahren versucht, die europäische Politik als eine Art Anschließlichkeit-Freundschaft der sechs EWG-Staaten zu betrachten, und man sah in Adenauer den richtigen Mann für diese Konzeption. Möglicherweise glaubt man jetzt, daß Erhard, gemeinsam mit Bundesaußenminister Schröder, intensiver als bisher bemüht sein wird, den französischen Partner von der Notwendigkeit einer großzügigeren Europapolitik zu überzeugen. Ob das in das Konzept des französischen Präsidenten paßt, ist problematisch. Jedenfalls wird Erhard seine ganze Autorität, die er auch in Frankreich als erfolgreicher Wirtschaftsminister genießt, einsetzen müssen, um seine Gesprächspartner davon zu überzeugen, daß er in der internationalen Politik genauso sattelfest ist, wie es ihm in der Wirtschaftspolitik nachgesagt wird. Aber auch hier muß Erhard vorsichtig sein, denn in Frankreich hat man nicht vergessen, was er zu der französischen Wirtschaftspolitik gelegentlich gesagt hat. - Daß Erhard ein gutes deutsch-französisches Verhältnis genauso befürwortet wie Adenauer, ist sicher. Zu hoffen bleibt, daß er die Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag nachdrücklich vertritt, in der gesagt wird, dieser Vertrag dürfe keine der anderen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik beeinträchtigen oder gar blockieren.

+ + +

Linientreue

FDP entfernte MdB Mirr aus dem Immunitätsausschuss
Von Wolfgang Jansen

Herr Dr. von Brentano, bekannt dafür, daß er einmal einen Bundestagsvizepräsidenten absetzen, ein anderes Mal einen parlamentarischen Geschäftsführer nicht mehr grüssen will - Herr Dr. von Brentano also hat vor der Fraktion der CDU/CSU starke Worte gebraucht. Es dürfe nicht vorkommen, erklärte er, daß die Koalitionsparteien in den verschiedenen Ausschüssen gegeneinander stimmten.

Das Grundgesetz gebietet jedem Abgeordneten, nur nach seinem Gewissen zu entscheiden und Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat einmal beherzigenswerte Worte über das Spannungsverhältnis zwischen Gewissen und Fraktionszugehörigkeit gefunden, dergestalt, daß ein Bundestagsabgeordneter auch zur Loyalität gegenüber seiner Fraktion und deren Grundsätzen verpflichtet sei. Von Parteien und Fraktionen wird erwartet, daß sie dem Gesetz treu bleiben, unter dem sie angetreten sind.

Demnach kann die Zusammenarbeit einer Koalition nur zur Verwirklichung des gemeinsam Erarbeiteten dienen. Es ist ihr Schicksal, daß sie dort enden muß, wo Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeglichen werden können. Keinesfalls kann eine Koalition darin bestehen, daß - wie es der FDP-Vorsitzende Dr. Wende einmal treffend kennzeichnete - die eine Partei die Stimmenverluste der anderen Partei ausgleicht.

Genau dies ist der Kummer der CDU/CSU. Daß ihr vor zwei Jahren die absolute Mehrheit verloren ging, hat sie bis heute noch nicht bewältigt. Daß sich ihr Koalitionspartner nicht blindlings jeder Entscheidung fügt und in Fragen, die nichts mit der Verwirklichung eines gemeinsam aufgestellten Regierungsprogramms zu tun haben, das Recht auf die eigene freie Meinung geltend macht, ist der CDU/CSU eine Quelle ständigen Ärgers.

In der Vergangenheit hat es sich die FDP nicht verdrissen lassen, in mancherlei Fällen diesen Ärger auf sich zu nehmen und eine eigenständige Funktion im Parlament auszufüllen. Ein kluger Beobachter hat einmal den dritten Deutschen Bundestag als den charakterisiert, der es nicht verstanden habe, die Kontrollfunktion des Parlaments auszufüllen. Die FDP hat in manchen Situationen des vierten Bundestages versucht, das Parlament zu dieser Kontrollfunktion zurückzuführen, und es ist beklagenswert, daß sie dabei nicht die Gefolgschaft der CDU/CSU, sondern lediglich die Gesellschaft der SPD gefunden hat.

Zu eben dieser Aufgabe hat sich die FDP in einem Artikel der "Freien demokratischen Korrespondenz" vom 22. Oktober noch einmal ausdrücklich bekannt. Dann aber geschieht Sonderbares.

Gleich im nächsten Absatz des erwähnten Artikels "Die Pflicht des Parlaments" müssen die Koalitionsknappen den Schild des Koalitionsherrn von unbesonnenen Unmutsäusserungen säubern, die leichtfertigweise zu erkennen gegeben hatten, wie sehr sie sich über den Untersuchungsausschuß in Sachen Verfassungsschutz ärgern. Und als Alibi für Koalitionstreue wird dann zwar etwas unverständlich, aber heftig auf die Sozialdemokratie eingeschlagen.

Die SPD stört das nicht, aber es macht sie besorgt, zu sehen, daß die Freien Demokraten nicht mehr alle ihre Erklärungen selbst formulieren dürfen, sondern den Deutschland-Union-Dienst in der fdK nachdrucken müssen, wie dies über die Abstimmung im Immunitätsausschuß des Bundestags vom 17. Oktober an diesem gleichen 22. Oktober geschah.

In jener Sitzung des Immunitätsausschusses hatte die CD/CSU nicht geringeres verlangt, als die Immunität zweier Abgeordneter in einem schwerwiegenden Fall aufzuheben, ohne auch nur die Möglichkeit der Akteneinsicht gehabt zu haben. Es wäre das erste Mal in der Geschichte des Deutschen Bundestages gewesen, daß einem solchen Begehren ohne die nötige sorgfältige Beratung, zu der nun einmal die Akteneinsicht gehört, stattgegeben worden wäre. Mit der SPD stimmte auch die FDP dafür, daß vor einer Entscheidung über die Aufhebung der Immunität die Akten vorgelegt werden müssen.

Man wäre sehr enttäuscht gewesen, wenn ein FDP-Abgeordneter die selbstverständliche Basis einer rechtsstaatlichen Behandlung solcher Fälle verlassen hätte. Und man muß sehr enttäuscht darüber sein, in welcher Weise die FDP für dieses, ihren rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechende Verhalten bereits tätige Reue geübt hat.

Die Fraktion der FDP hat dem Bundestagspräsidenten mitgeteilt, daß ihr Abgeordneter Hermann Dürr aus dem Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung ausscheidet. Aber warum will eigentlich Dr. von Brentano nach dieser Kapitulationserklärung noch mit Herrn von Kühlmann Stumm über die praktische Zusammenarbeit reden?

+ + +

In deutscher Mission

Zur Asienreise des Bundespräsidenten

sp - Vier Wochen wird Bundespräsident Dr. Lübke ausserhalb der Bundesrepublik sein. Die zweite Reise nach Asien, die er während seiner Amtszeit unternimmt, führt ihn nach Persien, Indonesien, Japan und nach den Philippinen, in Länder also, deren Stimmen im Ohr der Völker nicht überhört werden können. Ein würdiger Empfang ist den höchsten Repräsentanten des deutschen Volkes gewiß, und was er zu sagen hat, wird mit der gebotenen Aufmerksamkeit registriert werden. Das deutsche Volk braucht Freunde in der Welt, es ist auf sie angewiesen. Es gibt Tendenzen, die deutsche Frage, weil sie für viele lästig wird, von der weltpolitischen Tagesordnung abzusetzen. Alle Deutschen, auch und gerade jene, die in Unfreiheit leben müssen, unter einem Regime, das ihnen verhaßt ist, finden in Bundespräsidenten einen guten Sachwalter. Pankow gibt sich große Mühe, in den von Lübke besuchten Ländern Boden zu fassen, seine Sendboten versuchen Kontakte mit den führenden Männern dieser Staaten zu bekommen, leider nicht immer erfolgreich. Der Bundespräsident wird versuchen, das Deutschlandbild ins rechte Blickfeld zu rücken. Dafür verdient er unser aller Anerkennung. Die Stapanen dieser Reise treten vor der Bedeutung dieser Aufgabe zurück. Wir können uns keinen besseren Dolmetscher für die deutsche Sache wünschen.

+ + +

Münchner Allerlei

Was ist ein Ministerversprechen wert ?

Rw. - Die günstige Entwicklung der bayerischen Landeshauptstadt war gegen Ende des Krieges kaum zu erwarten. Mittlerweile haben Wanderungs- und Bevölkerungsgewinn die Stadtplaner vor immer neue, immer größere Aufgaben gestellt. Während vor zehn Jahren noch niemand recht wagte, es auszusprechen, daß der Verkehr in der Landeshauptstadt Bayern eine Untergrundbahn braucht, hat sich im Laufe der Arbeiten für den neuen Stadtentwicklungsplan herausgestellt, daß dies eine dringende Notwendigkeit darstellt. Der Kraftwagen wird in München immer mehr zum Ärgernis, zumal hier die Autobahnen nicht um die Stadt herumgeführt wurden.

Schon lange verhandelte man dennoch mit der Bundesbahn, die den Westen und Osten der Stadt mit dem Vorortverkehr durch eine unterirdische Stadtbahn zusammenfügen will. Bei der letzten Stadtratswahl kam denn auch der Bundesverkehrsminister Seebach, nicht um des Verkehrs, sondern in der Wahlhilfe für den Oberbürgermeister-Kandidaten der CSU willen. Er versprach mit unerwarteter Freigiebigkeit, wenn Dr. Josef Müller, der sogenannte "Ochsensepp" gewählt und ihn dann angehen würde, dieses Stadtbahnprojekt zu fördern, dann würde er helfend eingreifen.

Der neue Oberbürgermeister aber heißt nicht Müller, sondern Dr. Vogel, ist ein profiliertes Sozialdemokrat und die SPD hat seither die Mehrheit im Stadtrat. Und so erklärte nunmehr der gleiche Minister Seebach, eine Förderung käme gar nicht in Frage. Der Schock dieser Abgabe war so stark, daß trotz der betonten Zurückhaltung einiger bayerischer CSU-Minister der Ministerpräsident Goppel nun in Bonn intervenierte, vorsichtshalber gleich beim Finanzminister. Goppel hatte begriffen, daß es auch eine CSU im Stadtrat von München gibt, die wohl kaum die Verantwortung dafür übernehmen kann, daß der Verkehrsausbau in der Landeshauptstadt aus Gründen der parteipolitischen Abneigung auf das nächste Jahrhundert verschoben wird.

Daher hat auch das Land einige Hilfe zugesagt, trotz verschiedener politischer Optik. Das eigentliche Problem aber heißt gar nicht U-Bahn, es heißt Finanzausgleich und eigene Steuerquelle für die Gemeinden, die keine Stadtstaaten sind. Denn die Aufgaben der Großgemeinden wachsen, die Einnahmen aber sind ein Gaukelspiel beschränkter Steuerrechte und unendlicher Schuldenmacherei.

In der Münchner FDP gibt es allerlei Auseinandersetzungen, eigentlich Richtungskämpfe. Da gibt es nämlich eine "liberale" Richtung, die

eine betont fortschrittliche Politik anstrebt und deren markanteste Vertreterin die Abgeordnete Dr. Hamm-Brücher ist. Frau Dr. Hamm-Brücher kam vermutlich das letzte Mal nur in den Landtag, weil sich ein eigener über- und ausserparteilicher Ausschuss zu ihrer Unterstützung gebildet hatte und dem schmalen Häufchen oberbayerischer Freidemokraten erhebliche Reserven zuführte. Bei den Wahlen zum Münchner Ortsvorstand der FDP aber siegte die mehr konservative Richtung, was wiederum dem Landesvorstand mißfiel. Er möchte sich den Zuwachs fortschrittlicher Wähler den Frau Dr. Hamm-Brücher mit ihrer energischen Kulturpolitik gewank, nicht entgehen lassen und daher den Ortsvorstand "umbauen", halb zu halb; Fortschritt und Konservativismus, das wäre das wahre FDP-Ideal für München.

Viel Staub hat die kommende Eröffnung des wiederaufgebauten - Kostenpunkt 60 Millionen DM - Nationaltheaters aufgewirbelt. Die Sozialdemokraten zeigten, auch gewöhnlich Sterbliche und nicht nur die Wirtschaftswunderkinder höherer Kategorie sollten in München in die Oper gehen können. Die Preise im neuen Gebäude sind tatsächlich prohibitiv. Es wurde schließlich zugesagt, daß sie überprüft werden. Dann kamen die Vorschriften für die Eröffnungsvorstellung. Wie zu Zeiten der hochseligen bayerischen Könige, soweit sie mangels hinreichenden geistigen Gleichgewichts nicht durch einen Regenten ersetzt wurden, soll man zu diesem festlichen Anlaß gekleidet sein, Uniform, Orden und die schätzbaren Zivilisten zumindest im Frack.

Auch hier spielten die Sozialdemokraten im Landtag wieder die Spielverderber. Sie meinten, es gäbe Leute, die hätten gar keinen Frack, so die meisten SPD-Abgeordneten des Landtags, sie sich gar nicht scheuten, diesen Mangel ihrer parlamentarischen Ausrüstung offen zu proklamieren. Der Landtagspräsident Hanauer war zwar anderer Meinung. So ein Ereignis müßte, nein könne eigentlich nur im Frack und großem Abendkleid der Damen richtig gewürdigt werden. Aber es wurde überstimmt. Still und leise wurde das Frack-Dekret zurückgezogen. Vielleicht gab es sogar CSU-Abgeordnete, die keinen Frack besaßen und nicht gewillt waren, sich in geliehenen Kleidern im neuen, alten Nationaltheater zu zeigen.

+ + +

Um den Abbau letzter Vorurteile

Diskussion über das deutsch-dänische Kriegsgräber-Abkommen

Fg. - Der Reichstag in Kopenhagen soll sich in Kürze mit dem schon abgeschlossenen deutsch-dänischen Kriegsgräber-Abkommen befassen, nachdem die konservative Abgeordnete Frau Ellen Strange-Petersen dem dänischen Kirchenminister Frau Bodil Koch eine entsprechende Interpellation vorgelegt hat. Zwar sieht hierder deutsch-dänische Vertrag über die Zusammenlegung von deutschen Kriegsgräbern in Dänemark fest umrissene Vereinbarungen vor, aber bei den Kirchengemeinden in Dänemark hat es hier und da Widerstand hinsichtlich der Zusammenlegung gegeben.

Es wäre gut, wenn die Bundesrepublik die innerdänische Diskussion geduldig abwarten würde, denn hier geht es eigentlich um den Abbau der letzten Vorurteile, die bei unserem nordischen Nachbarn in jener Zeit entstanden, als Hitlers großdeutsches Reich das kleine Königreich überfiel, besetzte und ausbeutete.

Nach siebenjährigen Verhandlungen war im letzten Herbst zwischen dem "Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge" und dem Kirchenministerium von Frau Bodil Koch vereinbart worden, daß die über ganz Dänemark verstreut bestatteten 10 000 deutschen Soldaten und 15 000 deutschen Vertriebenen auf etwa 20 bis 25 Sammelriedhöfe umgebettet werden sollen. Dabei wollte die Bundesrepublik den dänischen Kirchengemeinden alle entstehenden Kosten für die Umbettung der Toten abnehmen.

Die Kirchengemeinden beispielweise von Apenrade und Middelfart sind jedoch der Auffassung, daß man die Gräber der deutschen Flüchtlinge schon 1965 einleeren könne, da dann die auch nach dänischem Recht allgemein gültige kürzere Liegezeit abgelaufen ist. Man meint in Dänemark, in Anlehnung an die für die eigenen Toten geltenden Bestimmungen, daß man die Ausnahmeregelung, die Gräber 60 Jahre zu erhalten, für die gefallenen Deutschen und gestorbenen Vertriebenen eben nicht anwenden sollte. Auf der anderen Seite hat man sich in Hadersleben und Sønderburg mit einer Zusammenlegung einverstanden erklärt, ohne jedoch über die Dauer der Kriegsgräbergedenkstätten, die es dort werden, entschieden zu haben.

Es ist bekannt, daß die dänischen Kirchengemeinden in langen Nachkriegsjahren vor allem die Gräber der deutschen Vertriebenen, aber auch die der gefallenen Soldaten regelmäßig gepflegt haben. Es ist den Dänen aber auch nicht verborgen geblieben, daß viele dieser Gräber auf ihren Friedhöfen zwar von deutschen Touristen aufgesucht worden sind, aber das Ganze ist von den Sommerfrischlern doch wohl eher als eine Art Attraktion aufgefaßt worden. Es gibt in dänischen Familien aber auch jene grauenhaften Bilder von den sterblichen Überresten hoher SS-Führer, die in Dänemark Selbstmord begingen, als das großdeutsche Reich zusammenbrach, um nicht der ordentlichen dänischen Justiz gegenübergestellt zu werden.

Wie gesagt, man sollte in der Tat nicht in die innerdänische Diskussion eingreifen und die ganze Frage seitens der Bundesrepublik mit Geduld und Achtung behandeln. Es liegt wirklich nicht an uns, etwa den Dänen zu sagen, sie lehnten es ab, den deutsch-dänischen Vertrag über die Zusammenlegung von deutschen Kriegsgräbern zu erfüllen.